

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf. jährlich 1.50 M.
prohimo frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezahlfähig. kostet
monatlich 10 Pf. jährlich 30 Pf.



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinf., Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshaus Halle.

Insertionsgebühren
betragen für die halbjährliche
Zeitspalte oder deren Raum
15 M., für Wohnungs-,
Verzeugs- und Bekanntmachungs-
anzeigen 10 M.
Im vorletzten Zeile
folgt die Seite 50 M.

Insertate für die halbjährliche
Zeitspalte oder deren Raum
betragen 10 M. in der
Expedition aufzugeben sein
Eingetroffen in die Zeitungs-
verwaltung unter Nr. 7501.

Nr. 87.

Halle a. S., Freitag, den 15. April 1898

9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

15. April. Im Wabſchen morſchichte die Feder-
ſchönheit auf Donauſchiffen. In dieſer D. hatte jedoch Straube
der hierher vorausgeſagt war und etwa 200 Mann geſammelt
hatte, bereits vor den anrückenden württembergiſchen Truppen
verlaſſen müſſen. Bei Wöhrten überließen die beiden Ab-
teilungen. Man änderte nun die Württembergiſche und lag über
Wöhrten. Schillingen, Wöhrten in angrenzenden Nach-
märchen über die Höhen des Heiberges nach dem Dorfe Wernau.
Es lag ſchwerer Schnee, Regen und Hagel ſchlugen den
Württembergern ins Geſicht, und die Reihen begannen ſich wieder
ſtark zu lichten.

Abermals Militärausgaben!

Sobald ſind die Panzerſchiffe beſtellt worden und
die neuen Geſchütze — wir haben ſchon darauf auf-
merkſam gemacht, daß zugleich auch Veränderungen mit dem
Infanteriegewehr geplant, ja vielleicht ſogar im ge-
hehnen durchgeführt werden. Als jedoch in der Subjekt-
kommiſſion die Frage des Infanteriegewehrs angeregt wurde
— wir forderten eine Interpellation im Reichstage,
um eine offizielle Regierungserklärung in offener Öffentlichkeit
zu provozieren — da verſicherten die Herren vom Kriegs-
miniſterium, es liege keine Veranlaſſung zur Beunruhigung
vor, die Sache ſei aus dem Stadium der Verſuche noch nicht
herausgekommen. Freilich, damals galt es erſt die Marine-
vorlage durchzubringen! Jetzt, kaum man dieſe bereits im
Sache hat — es ſind nur wenige Tage ſeit der entſcheidenden
Aſſimilation über die Marinevorlage vergangen — da
riekt man auch bereits mit den neuen Vorſetzungen
für das Infanteriegewehr heraus!

Die Hamburger Nachrichten bringen am ſeitender
Stelle einen Auſſatz unter der Ueberschrift: „Rein klein-
fabriſches Gewehr“, den ſie ſehr beiläufig als offi-
zielle Veräußerung kennzeichnen. Der Artikel lautet:
„Wie bereits in der Subjektkommiſſion des Reichstages be-
kannt geworden iſt, wird nunmehr in den nächſtenden
Kreislagen der Reichsleitung das kleinfabriſche Gewehr zu
ES ſoll bei dem bisherigen Gewehr-Modell 88 ſein Weſen be-
halten, daſelbe jedoch einer verbeſſerten Bauart nach
kommen. Als wird darüber folgendes mitgeteilt:
Der bisherige Bauart nach dem in der letzten dienende
Sachen ſoll ſich ſelbſt, und anſtatt einer Ueberschrift
von Stahlblech zur Anwendung gelangen, auf welchem die
Patronen umſchließend beſetzt übereinander liegen, das ſelbſt
vorgeformten Vorrichtungen durch Einſchieben zweier
Patronen vorgeſagt iſt, wie auch ſonſte die Verſtärkung des
Patronenſchafts in der Hand etc. Das Kaliber des Ge-
wehres ſoll beibehalten, das geſchloſſene Verſchloſſen
mit dem Modell 88 und dem kleinfabriſchen Gewehr im all-
gemeinen dieſelben Merkmale erzieht geben. Auch beſitzt das klein-
fabriſche Gewehr keine Vorzüge hinsichtlich der Empfindlichkeit der
Rekonstruktion der Waſſe. Das ſelbſte Gewehr wird ein Trepp-
ſchieſer, ähnlich dem des ſchwediſchen Gewehrs, jedoch nicht mit
50 Meter, ſondern mit 100 Meter Abſtandungen erhalten. Ferner
ſoll bei den Neuauſſetzungen des Gewehres der, worauf
wie bereits früher bemerkt, ſich nicht bedehrende Kaufmännel
fortfallen, und der Lauf eine größere Hülſe wie die der
im Verſuche befindlichen kleinfabriſchen Gewehre erhalten. Auf
eine verbeſſerte Reinigungsmeſſe des Gewehres wird ſonſt das
größte Gewicht gelegt. Da die Gewehre unter der bisherigen
erhöht liegen. Dieſelbe beſteht darin, daß eine ſchäbliche Reini-
gungspolte, die ein mit ſilber- oder zinnblech-geſchichtete
enthalten, auf dieſelbe beſetzt wird, indem man ſie auf den
beſtimmten Zeit ſetzt und das Gewehr hinlegt, und mittels
einer Hebelvorrichtung verſetzt. Abſtand wird eine beſon-
dere Kammer in die Hülſe eingedrückt, und demittels ihrer
ein höherer Widerſtand ſicher durch den Lauf geſichert. Ein Teil
dieſer Verbeſſerungen läßt ſich bereits für das in Händen befind-
liche Gewehr anbringen, ein Teil jedoch, wie z. B. der Beſitz
des Laufmanteles, nur bei Erſatz deſſelben. Gewiſſe nicht un-
bedeutliche Umkoſten würden auch durch dieſe Verbeſſerungen
entſtehen; allein die ſpätliche Ueberſchloſſung des kleinfabriſchen
Gewehrs ſcheint durch ſie verzeihen. Außerdem iſt die Einſchiebung
eines neuen Leuchters und kleinerer Mengen Gewehrs mit ver-
beſſerter Verſicherung am Lauf in Ausſicht genommen.“

Man erſieht daraus vor allem — zum zweiten Male
ſchon und immer vergeblich! — was man in Deutſchland
von den Verſicherungen und Verſprechungen der
Regierung zu halten hat. Die Verſicherung, daß in der näch-
ſten Zeit kein neues Gewehr eingeführt werden ſoll, erweiſt ſich
als lächerliches Wortſpiel. Das, was oben angeſehen, iſt
unmöglich. Die Gewehr wird mit dem Modell 88 nicht
mehr viel gemeinſam haben, außer dem Lauf. Drum werden
aber auch wohl die nicht unbedeutlichen Koſten in Wirk-
lichkeit ſehr beträchtliche Koſten ſein. Das es unter
dieſen Umſtänden ein Unſinn wäre, neue Gewehre nach
dem Modell 88 zu bauen, ſondern das man jetzt von vor-
herin das neue kleinfabriſche Gewehr bauen wird,
liegt auf der Hand. Und doch hat man und ſoeben ver-
ſichert, die Sache ſei noch nicht aus dem Stadium der Ver-
ſuche herausgekommen?

Man erinnert ſich der Nachricht, daß im ſtillen eine Neu-
bauart der Infanteriegewehre durchgeführt wurde. Es kam
damals die offizielle Verſicherung, daß es ſich nur um einen
Austausch der Gewehre handle. Wenn man aber bereits ſo
wichtigende Verbeſſerungen an dem Modell geſehen hat, ſo
war es doch ſelbſtverſtändlich, daß man dieſe Verbeſſerungen

erſt an den Gewehren ausführen mußte, die man in den
Magazinen hatte. Was hätte es denn für einen Sinn,
den Soldaten das Gewehr Modell 88 aus den Händen zu
nehmen, um ihnen das gleiche Modell 88 wieder zu geben,
welches in kurzer Zeit abermals durch das der beſſere
Modell 88 ausgetauscht werden mußte? Da lag es doch
äußerſt nahe, den Rekruten ſofort das neue verbeſſerte
Gewehr zu geben, damit ſie von vornherein damit instruiert
werden und es zwei Jahre lang handhaben lernen! Da
war es alſo vielleicht doch kein einfacher „Austausch“? Der
Reichstag tritt nach Oſtern wieder zuſammen. Wir
hoffen, daß man nicht verſäumen wird, doch endlich einmal
eine regelrechte Interpellation in dieſer Angelegenheit
einzubringen.

Saggeſchichte.

Die Rechtsprechung in Majestätsbeleidigungs-
ſachen iſt von der nationalliberalen Preſſe ſo lange,
als ſie lediglich gegen Sozialdemokraten und ſonſtige
„ſchlimme Elemente“ ſich richtete, oft verteidigt und ge-
billigt worden, beſonders die Köln. Zig. hat ſich darin
häufig etwas zu gute gethan. Jetzt ſieht dieſelbe:

Nachdem das Urteil gegen den verantwortlichen Redakteur
des Rüdowradicals vom Reichsgericht beſtätigt worden iſt, muß
vorab die Forderung auf einen Umſchwung der Rechtsprechung
in Majestätsbeleidigungsſachen aufgegeben werden. Bei aller
Verachtung der herkömmlichen juristiſchen Kräfte des Reichs-
gerichts wird man doch wohl beſtaunen dürfen, daß vieles
letzt keine Fortbildung des beſtehenden Strafrechts
in erzieheriſchen Sinne bildet. Der vielfach hervorgerufene
Gutachtenausſchuß geſchickter Einſichtigen iſt in letzter Linie
auch dafür veranlaßt worden, daß die juristiſchen Be-
griffe, die bei der Majestätsbeleidigung in Betracht kommen,
eine ſchäbliche Zulassung erfahren haben, die es zweifelhaft macht,
ob es ſich überhaupt noch um dieſelben Begriffe und nicht viel-
mehr um neue handelt. Damit dieſe Zulassung, die durch einen
ungewöhnlichen Mißbrauch von Scherzſinn ermöglicht wird, er-
weitert ſich die Kluft zwiſchen der allgemeinen Rechtsanwen-
dung und dem was eigentlich, wie es geſchrieben wird,
immer mehr zum offenkundigen Raubrecht für untergeordnete
Leben.“

Das ſtimmt, iſt aber doch lediglich die Frucht der auch auf
die Juſtiz übertragene Ordnungspolitik, um deren Ausbil-
dung ſich gerade die Nationalliberalen ſo große Verdienſte
„erworben“ haben.

Wiederum ein kleines Mittel. Eine Denkschrift
über die Erziehung von Konſtilos, worin in den Jahren
1896/97 über 5 Millionen aus ſtaatlichen Mitteln be-
willigt wurden, iſt dem preußiſchen Abgeordnetenhaus zu-
gegangen. Von genannten 5 Millionen find drei Weizeide-
lagerbau fertig geſtellt, ein weiteres im Bau begriffen, im
Vorbereitungsſtadium befinden ſich noch ſechshundert Silos. Der
Staat errichtet die Gebäude, die in ſeinem Eigentum ver-
bleiben, durchweg auf ſtaatl. Boden und erhebt in fünf
Jahren zuſammen acht Prozent des Anlagekapitals. Er
nimmt ſich Ueberſchüſſe ergeben, ſollen ſie zur Erſchöpfung der
Verzinsung bis auf drei Prozent jährlich verwendet werden.
Reinen Gewerbetreibenden wird es ſelten, Kapital zur
Verzinsung und Verbeſſerung ſeines Betriebes zu ſo billigen
Zinſſätzen zu erlangen. Die Erziehung der Silos geht alſo
auch unter das Thema „Viehzucht für Agrarier“.

Der Bergarbeiter - Streit am Vieſberge bei
Dönanbrück iſt am Sonnabend mit Ablauf der Kündigung-
ſtreit abgebrochen. Gleichzeitig iſt eine abſchließende Antwort
des Miniſters auf die Eingabe des Gewerksvereins chriſtlicher
Bergarbeiter erfolgt und der Bericht des Leiters dieſer
Organisation, das durch die Vorgeſchichte des Offener
Reinheitsprozeſſes bekannt geworbenen Bergmanns Bruſt,
perſönlich eine Audienz beim Handelsminiſter zur Darlegung
des Sachverhalts zu erlangen, geſcheitert.

Den ultramontanen Führern der Bergleute iſt damit in
unwiderſprüchlicher Weiſe klar gemacht, daß ihnen von der Re-
gierung keine Ertragsmittel geboten werden. Es handelt ſich
bei dieſem Streit mitwidergerichte nicht um Erſchöpfung des
Lohnes oder Verſicherung der Arbeitszeit, ſondern um die
Eintragung der fatalligen Feiertage. Der Handelsminiſter ſpricht in
einer Erörterung dem Vorſtand des chriſtlichen Gewerksvereins das
Recht ab, die ausſtändigen Bergarbeiter zu vertreten. Dagegen
wird den Bergwerksbeſitzern geſtanden, daß ſie ſich in einer Vorlage befinden
und zur Vornahme der Arbeiten an den Feiertagen be-
rechtigt ſein. Die Antwort des Miniſters, der ſich rückſicht-
los auf ſeiten der Arbeitgeber ſtellt, hat bei den Bergarbeitern
große Erregung hervorgerufen. Bei ſämtliche Bergleute,
die ihre Kündigung eingereicht hatten, haben daraufhin die
Arbeit eingeſtellt. Sie find der Meinung, daß Bergwerks-
beſitzer, die an Seidmange und an anderen nicht kirchlichen
Feiertagen die Arbeiter „feiern“ laſſen, ſich nicht in einer
ſolchen Vorlage befinden, daß ſie nicht auch noch fünf
fatallige Feiertage im Jahre freigegeben könnten. Der
Streit hat ſich, wie es ſcheint, auf die ſehr geſpannte Frage
zugelöst, ob die patriotiſchen Ueberſichtungen den kirch-

lichen Feiertagen vorzugehen. Für die fatalligen Er-
drückungen, die ſoeben noch eine große Marinevorlage
bewilligt haben, iſt das ſehr heißes Thema. In-
zwiſchen iſt der Handelsminiſter Brieflich mit dem Oberber-
hauptmann Freund und dem Miniſterialdirektor Rötter ins
Streitgebiet abgerückt.

Wie ein Telegramm meldet, haben am Mittwoch mehrere
500 Bergleute auf der Marienbütte die Arbeit eingeſtellt.
Wenn die Führer des chriſtlichen Gewerksvereins, ſoweit
ſie zur Arbeiterklaſſe gehören, aus den Tſchanden lernen
wollen, ſo müſſen ſie, nachdem ſie vom Miniſter ſo ſurzen-
bach abgewieſen ſind, künftig mit dem Deutſchen
Berg- und Hüttenarbeiter-Vereinband zuſammen-
gehen, anſtatt ihn zu beſtärken. Dann erſt werden ſie
etwas erreichen.

Die Frage der Deportation hat der neue Kolonial-
direktor v. Buchta ins Auge faßt und iſt dabei zu dem
Reſultate gekommen, daß die Frage noch nicht prüfbar
ſei“. Aber er iſt mit allen Juristen darin einig, daß es
eine praktiſche Berechtigung inſerſes Strafgebühres
wäre, wenn der Richter auf Deportation erkennen könnte“.
Das fühlen wir Herrn v. Buchta nach und glauben, daß
eine ſtrenge Anſicht Sozialdemokraten mit dem ſchwarzen
Brettel Bekanntheit machen würden, wenn die Auffaſſung
über die Deportation Geſchäftsſache erlangen würde.

Theorie und Praxis.

Ueber die von deutſchen „Kultur-
träger“ in den Kolonien verübten Missetaten ſchreibt die
Vöſſiſche Zeitung in ihrem Oſtearaſien ſehr ſchön:
Die ſittlichen Freuden, auf denen das Göttertum beruht,
dürfen noch nicht die Macht die ihnen ſcheitert, über die Grenzen
der Menſchheit genommen. Die Forderungen der Menſchlichkeit,
der Gerechtigkeit ſind nicht veräußerlich. Um die Unſchuld bei
uns ſelbſt zu haben wir mit Schauder erleben, daß
Männer, die uns unſerer Werte herangezogen ſind und vor-
ziehen, Konträrträge der chriſtlichen Kultur zu ſein, im ſchwarzen
Gebirge ſich Geſetz haben zu ſchreiben kommen laſſen, die an
die Zeiten der tieſten Barbarei erinnern, und die mit ver-
ſivolen Einrede entſchuldigend wurden, in Afrika kaum man nicht
nach den Grundſätzen chriſtlicher Sitte, ſondern müſſen nach den
Grundſätzen afrikanischer Sitte verfahren.

In betriebl. Organen des fortſchrittlichen Organes
finden wir jedoch den Reſerbrief eines Korreſpondenten, von
dem die Voſſi Zig. auf ihre Koſten die Mitteilungen entſenden
laſſen will. In dem Brief iſt davon die Rede, daß es heißt
der angeworbenen Schwarzen deſertiert ſind und es ſagt
dann:

Den jüdiſchen Abenteurern, hatten die Afrikaner gleich am erſten
Tage aufgewacht und da ſie ertrugen, daß auch Afrika ſich nach
ihren Kräfte aufgegeben hätte, kehrten alſo zurück. Abenteur
betam auf Antrag der Spaniſchamerika etwas Abenteur, wie ſie
nannten, d. h. die erſte Weltgeſchichte die ich zu verhandeln habe,
das einem bei Ausbreitung ihrer Ueblichen und ſchweren Be-
trübnis in Deutſchland ſetzt, was es bei Verſicherung nicht
anzunehmen — erhielt er für einige Tage einen Vorſchub an
den Hals, den ein Afrikaner ihm tragen hat, ein Symbol der
ſelten Bande, die ihn mit meiner Expedition verſchlingen ſollten.
Bis wir weit genug von Labors entfernt waren, um hoffen zu
dürfen, daß es ihn nicht mehr zu einer Abwanderung zuſtanden
würde.“

Der Herr Korreſpondent der Voſſi Zig. ſucht ſich dem-
nach beſcheidet, die eingeborenen Schwarzen mit Stockſchlägen,
vielleicht auch mit der Miſſionspeitſche, praktiſieren und ſie an
einem um den Hals gebundenen Strick der Truppe nach-
ſchieben zu laſſen. Es ſcheint ſich da ein kleiner Veſt aus-
zuſchließen! — Das fortſchrittliche Blatt hätte aber, wie es
ſcheint, auf die ſchönen chriſtlichen Mahnungen an die
eigenen Mitarbeiter zu richten und den nach Afrika ge-
ſchickten „Kulturbringer“ etwas feſt an der Kordare zu halten.

Der ſpaniſch-amerikanische Konflikt.

Ueber den Stand des Konflikt iſt nicht die Neues zu berichten.
In Spanien hat man ſich anſcheinend noch nicht erholt von der
Verletzung über die Vorſicht. Mac Fenlos und rechnet endlich
mit den letzten feierlichen Konſequenzen. Das ganze Interſe
konzentriert ſich nunmehr auf die Einſchiebung des Kongreſſes in
Washington. Die Stimmung deſſelben nahm am Mittwoch eine
ſo feierliche Stellung an, wie nie zuvor. Das Repräſentanten-
haus wurde, wenn der Ausſchuß ſein Bericht nach heute, Donner-
ſtag, abgibt, über die Koſte deſſelben hinweg handeln. Die Mit-
glieder des Ausſchuſſes verſprechen darauf, den Bericht heute fertig
zu ſtellen. Alle biſherigen Anzeichen ſtimmen darin überein, daß
ſowohl der Senat wie das Repräſentantenhaus für die Vorſchläge
ſind, wenigſtens in der Mehrheit. An weiteren Meldungen liegt
vor:

Am Dienstag iſt Generalſonja von aus Kuba in Washington
eingetroffen. Er ſollte am Dienstag nachmittag von der Kom-
miſſion für auswärtige Angelegenheiten vernommen werden. Die
Meldung beſagt weiter, der Bericht der genannten Kommiſſion
werde ſich bezüglich der Vorſicht des Präſidenten Mac Fenlos
für folgende Beſchlüſſe äußern: Das ſubſtantielle Volk
iſt von Rechts wegen frei und unabhängig und ſoll es ſein. Der
von Spanien auf Kuba geſührte Krieg iſt für den Handel, das
Göttertum und die Interſe der Vereinigten Staaten ſchädlich.
So unſinnig und barbariſch, daß es Pflicht der Vereinigten
Staaten iſt, zu fordern, daß Spanien unabhän-
gig ſeine Hand- und Seeherrſchaft von Kuba zurück-
gibt. Der Präſident wird ermächtigt, die genannten
Streitkräfte der Vereinigten Staaten für die Aus-

